

Peter Brokmeier

Entwicklungsbedingungen der DDR-Gesellschaft

Vorbemerkung

In der gegenwärtigen Revisionismus-Diskussion der westdeutschen Linken gewinnt die deutsche Variante des osteuropäischen Sozialismus zunehmend an Bedeutung. Die Auseinandersetzung zwischen den Kritikern und Apologeten leidet jedoch offenbar unter einem Mangel, der ebenfalls im Anwachsen begriffen zu sein scheint (proportional dem Anwachsen des Bedürfnisses nach ideologischer Rechtfertigung der verschiedenen gegensätzlichen Positionen). Es ist dies der Mangel an historischer Konkretion, der schließlich dazu führt, daß die dem geschichtlichen Prozeß entstammende Widersprüchlichkeit des Streitobjekts immer weniger wahrgenommen wird. Die folgenden Ausführungen bezwecken lediglich den Versuch, einen möglichen theoretischen Bezugsrahmen für die ausstehende historisch-materialistische Analyse der DDR-Gesellschaft zu erstellen; sie verstehen sich insofern als ein Beitrag dazu, jenen Mißstand der Wahrnehmungsschwierigkeiten wenigstens im wissenschaftlichen Vorfeld zu beheben.

I. ZUR GESCHICHTE DER DDR: DETERMINANTEN DER AUSGANGSLAGE

Die Geschichte der DDR ist die Geschichte eines gesellschaftlichen Fragments, dessen historische Aufgabe es war, sich aus einer weltpolitisch bedingten Objektrolle zu befreien und in diesem Befreiungsprozeß zugleich seine eigene Identität zu finden. Von einer Aufgabe hier zu sprechen, ist deshalb berechtigt, weil ohne sie überhaupt kein hinreichender Grund für die Entstehung der DDR vorhanden gewesen wäre. Von dieser Aufgabe und ihrer – zumindest annähernden – Bewältigung hing die Existenzfähigkeit der DDR ab. Es ist klar, daß sich unter diesem Gesichtspunkt wesentliche Fragen nach der Struktur und Entwicklungsrichtung des DDR-Sozialismus neu stellen.

Wäre es nur darum gegangen, die Herauslösung eines Teiles aus einem hochentwickelten kapitalistischen Nationalstaat unter sonst gleichen Bedingungen des ökonomischen, politischen und ideologischen status quo ante zu verwirklichen und zu legitimieren, so hätte das Produkt einer solchen Entwicklung vermutlich relativ leichtes Spiel gehabt. Eine »Aufgabe« im strengen Sinne hätte es dann nicht gegeben. Aber darum ging es nicht; denn die Bedingungen, unter denen die Genesis der DDR stattfand, waren nicht die des status quo ante, sondern die einer völlig veränderten historischen Situation. Diese »neue« geschichtliche Situation aber – und das ist die entscheidende Perspektive für die (hier vorgeschlagene) historische Analyse – schuf solche

Entwicklungsbedingungen, die insgesamt die Herausbildung eines »sozialistischen Staates deutscher Nation«¹, also das Finden der eigenen politischen Identität außerordentlich behindern und erschweren mußten. Nur in dem Maß, wie es gelang, dieser spezifischen Schwierigkeiten Herr zu werden, konnten die verantwortlichen Parteiführer darauf hoffen, daß sich für das von ihnen geführte Staatsfragment eine ausreichende Legitimationsbasis finden und so ein Konsolidierungsprozeß nach innen und nach außen einleiten lassen würde.

Die Bedingungen, die in diesem Sinne die Entwicklung des ostdeutschen Sozialismus determinierten, lassen sich etwa wie folgt bestimmen.

1. Gesellschaftsveränderung als administrativer Akt aus dem Geiste des Antimilitarismus und Antifaschismus

Aus den Vereinbarungen der alliierten Siegermächte über die Modalitäten der Behandlung des besiegten Feindes erwuchs der Okkupationsstatus jener ehemaligen Reichsgebiete, aus denen die beiden Teilstaaten entstanden. Für die Sowjetunion hatte dieser Okkupationsstatus vor allem zweierlei Bedeutung: einmal sollte er garantieren, daß die von der Anti-Hitler-Koalition einmütig beschlossene totale Entmilitarisierung des besetzten Gebietes so durchgeführt wurde, daß das Ziel dieser Maßnahme, »die deutsche Wirtschaftsmacht, auf Grund deren Krieg geführt werden kann, (zu) eliminieren«², tatsächlich erreicht wurde; »eliminieren« konnte aber nur Enteignung heißen und in der Konsequenz nicht bloß der »Kriegs- und Naziverbrecher«, sondern jeden Industriebetriebs, der mittelbar oder unmittelbar mit dem faschistischen Rüstungssektor in Verbindung gestanden hatte. Mit einer ähnlichen Begründung erfolgte die Bodenreform des Jahres 1945, d. h. die entschädigungslose Enteignung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes über 100 Hektar: die »Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ... (stellte) immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande (dar) und (war) eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker.«³ An der möglichst konsequenten Durchführung einer so verstandenen Entmilitarisierung war die SU schon aus sicherheitspolitischen Gründen dringend interessiert: der wirtschaftliche Wiederaufbau des verwüsteten und ausgebluteten Landes (und damit die Fortsetzung der Politik des »Aufbaus des Sozialismus in einem Lande«) sollte sich in möglichst großer Sicherheit vor einem möglichen neuen deutschen Angriff vollziehen.

Zum anderen hatte der Okkupationsstatus die Funktion, die deutschen Reparationslieferungen in die SU so durchzusetzen und zu kontrollieren, daß die sowjetischen Entschädigungsansprüche so weitgehend wie nur möglich erfüllt wurden. Dies hatte logischerweise zur Folge, daß das gesamte Wirtschaftsleben des okkupierten Gebietes einer straffen Lenkung und Kontrolle

¹ Art. 1, Abs. 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. 4. 1968 (GBl. I S. 199), zit. nach: Müller-Römer (Hrsg.), DDR-Gesetze. Textausgabe. Köln o. J., Nr. 1/1, S. 2.

² So Präsident Truman in seiner Rundfunkansprache an das amerikanische Volk am 9. 8. 1945, zit. nach: Ernst Deuerlein (Hrsg.), Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«. München 1963, S. 377.

³ Aus der Verordnung der Provinz Sachsen über die Bodenreform vom 3. 9. 1945, zit. nach: Ernst Deuerlein (Hrsg.), DDR 1945–1970. Geschichte und Bestandsaufnahme. 3. Aufl. München 1971, S. 51.

seitens der Besatzungsmacht unterworfen werden mußte, wenn die Reparationspolitik in dem beabsichtigten – und offenbar auch weitgehend realisierten – Umfang auch nur einige Aussicht auf Erfolg bieten sollte. So wurde die Forderung nach einer »gelenkten Wirtschaft ... Deutschlands im Rahmen eines umfassenden Programms«⁴ in aller Breite und Ausführlichkeit von den russischen Vertretern auf der Potsdamer Konferenz vorgetragen. Ohne auf die anlässlich des Reparationsproblems schon in Potsdam (und z. T. davor) auftretenden Differenzen zwischen der westlichen und östlichen Seite näher eingehen zu wollen, kommt es in unserem Zusammenhang vor allem darauf an, folgendes zu konstatieren: die Sowjetunion verfolgte und realisierte im Verlauf der ersten Jahre nach 1945 sowohl das eine wie das andere Ziel in der damaligen SBZ mit Energie und Zielstrebigkeit; dadurch unterwarf sie jedoch die ökonomische Struktur des Okkupationsgebietes, das privat- und rüstungskapitalistisch strukturierte Feld Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte einer tiefgreifenden Umformung.

Das charakteristische Merkmal der Enteignungs- und Wirtschaftslenkungs politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) ist nun nicht, wie die bürgerliche Geschichtsschreibung und DDR-Forschung in der Bundesrepublik häufig meint, die sogenannte »Sowjetisierung« des östlichen Okkupationsgebietes (durch eine angeblich überzogene und einseitige Interpretation der Potsdamer Protokolle); auch die Tatsache, daß an der Propagierung und Durchführung dieser Art von Besatzungspolitik zunehmend deutsche Verwaltungsstellen und Organisationen des öffentlichen Lebens (und nicht nur alleine der KPD) sowohl auf lokaler wie zentraler Ebene beteiligt wurden – ein Umstand, der heute besonders von DDR-Seite herausgestrichen wird –, kennzeichnet nicht hinreichend die Situation. Charakteristisch für den Vorgang war vielmehr die *Form*, durch die er zur gesellschaftlichen Wirklichkeit wurde: die Enteignung der Banken und Sparkassen, die Bodenreform sowie die Verstaatlichung eines erheblichen Teils des Industriepotentials waren nicht das Ergebnis einer eigenständigen revolutionären Klassenaktion deutscher Proletarier und Bauern bzw. ihrer betrieblichen und politischen Organisationen, sondern waren auf dem Wege des SMAD-Befehls (der die Konfiskation und Übergabe an die Behörden der deutschen Länder regelte) und anschließend der Verordnung bzw. des Gesetzes des jeweiligen Landes (wodurch die Überführung in »Volkseigentum« erfolgte), also auf dem Wege der autoritären und bürokratischen Verfügung realisiert worden. Das taktische Vorgehen war so sehr von den aktuellen Umständen bestimmt, daß sogar der Begriff »Sozialisierung« tabuisiert und an seiner Stelle stets nur von »Enteignung« als »Sühne für Kriegsverbrechen und Naziaktivisten« – oft aber auch als »Strafe« für Vergehen gegen das Wirtschaftsstrafrecht oder für steuerrechtliche Vergehen⁵ – gesprochen wurde.⁶ Dort jedoch, wo ausnahmsweise demokratische Formen der Umstrukturierung angewandt wurden, nämlich im sächsischen Volksentscheid⁷ über

⁴ Zit. nach Deuerlein, Potsdam 1945 . . . , a. a. O., S. 232.

⁵ In der von etwa 1949 bis 1955 dauernden zweiten Phase der Enteignungspolitik, die der ersten Phase der Massenenteignungen folgte, war dies die einzige »Sozialisierungs«-Methode. Vgl. Gert Leptin, Deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich. Hannover 1970, S. 22.

⁶ Der damals führende SED-Politiker Wilhelm Koenen beschreibt in einem Erinnerungsbericht anschaulich diesen Sachverhalt der »demokratischen Begründung« der Enteignungen und die daraus folgende Notwendigkeit, »die Sozialisierungsparole (zu) widerlegen« (sic!). Vgl. Leptin, a. a. O., S. 17.

⁷ In den anderen Ländern der damaligen SBZ gab es daraufhin keine weiteren Volksabstimmungen mehr.

die »Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes« von 1946 – wurde die zweifelsohne (wie in den Westzonen) vorhandene subjektive Bereitschaft der lohnabhängigen Massen zu einer von der Basis ausgehenden antikapitalistischen Politik umgebogen in eine bloß akklamatorische Haltung und damit politisch entschärft. Alle diese Maßnahmen, die langfristig die Produktionsweise, die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, schließlich die politischen Institutionen und den ideologischen Überbau umwälzen mußten (und dies in der Folgezeit auch getan haben), entbehrten also vollständig der massenhaften selbstbewußten Praxis der Menschen an der »Basis« – obwohl die von der »Spitze« verfügte gesellschaftliche Umformung zuallererst auf eine Umformung eben dieser ökonomischen Basis abzielte.

In diesem Widerspruch kommt die erste grundlegende Determinante der Entwicklung des ostdeutschen Sozialismus zum Ausdruck. Die materiellen Grundlagen einer neuen, sozialistischen Gesellschaft waren vom Proletariat nicht erkämpft worden; von vornherein war die subjektive Identifizierung eben dieses Proletariats mit den neuen Verhältnissen dadurch wenn nicht unmöglich gemacht, so doch erheblich erschwert worden. Die Folge: die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse war nicht als gesellschaftliche Emanzipation, als Herstellung nicht-verdinglichter Kommunikationsbeziehungen zwischen den Menschen, sondern in erster Linie lediglich als ein technisch-organisatorischer Vorgang konkret erfahren worden (und auch gar nicht anders erfahrbar gewesen). Insofern glich der eingeleitete gesellschaftliche Veränderungsprozeß den bislang in der Geschichte des Kapitalismus subjektiv erfahrenen politisch-ökonomischen Prozessen, die allemal Prozesse anonymer Machtausübung und blinder Unterwerfung gewesen waren; ein qualitativer Unterschied konnte subjektiv nicht wahrgenommen werden. Hieraus resultiert im übrigen die bis heute außerordentlich große und spezifische Bedeutung von »Ideologie« in den osteuropäischen sozialistischen Ländern; was subjektiv nicht direkt wahrnehmbar sein kann, muß durch die Partei im nachhinein und in Permanenz »erklärt« und »gedeutet« werden.⁸

Das Fehlen der proletarischen Klassenaktion kann offenbar nur als direkte Folge des Okkupationsstatus interpretiert werden. In ihrem Bestreben, den deutschen Faschismus einschließlich seiner ökonomischen Grundlagen auszurotten sowie in ihren Reparationsansprüchen äußerte sich die SU primär als nationaler Machtstaat, der seinen eigenen Gesetzen und Bedürfnissen folgte – und nicht als sozialistischer Bruderstaat, der im Geiste des proletarischen Internationalismus als – beispielsweise – auslösender Faktor einer deutschen sozialistischen Revolution gehandelt hätte. Freilich läßt sich auch in umgekehrter Richtung argumentieren: dadurch, daß der Entfaschierungsprozeß so *konsequent* durchgesetzt wurde, war in der Deutschlandpolitik Stalins immerhin ein Restbestand proletarischen Internationalismus zu erkennen gewesen. Aber der so praktizierte Internationalismus blieb ein Instrument, das nach der jeweiligen Interessenlage desjenigen eingesetzt wurde, der es in der Hand hielt; die subjektiven Bedürfnisse desjenigen, auf den das Instrument angewendet wurde, rückten zwangsläufig in den Hintergrund bzw. waren gar nicht fähig, sich als solche zu artikulieren. Zwangsläufig war also dem besetzten deutschen Territorium und seinen (eingesetzten und/oder

⁸ Eine wichtige Aufgabe historisch-materialistischer DDR-Forschung bestünde darin, diese These im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung detailliert zu entwickeln.

gewählten) politischen Organen eine *Objektrolle* zugewiesen, deren Spielraum bis aufs äußerste eingengt war. Unabhängige politische Aktionen einer revolutionären Klasse – zu denen man, um nur zwei Beispiele zu nennen, nicht nur die Besetzung der Fabriken, sondern auch die Aburteilung der faschistischen Führer durch deutsche Gerichts-Instanzen (und nicht von einem Gericht der Sieger) hätte zählen können – konnten sich demgemäß kaum oder gar nicht entfalten; sie waren im Interessenskalkül der SU überhaupt nicht vorgesehen.

2. Die Notwendigkeit »mimetischer« Praxis als Folge des Kalten Krieges

Diese Ausgangssituation war indessen nicht so determiniert, daß sie – im Prozeß ihrer weiteren Entfaltung – grundsätzlich keine Ansätze mehr zur Wahrnehmung und Artikulation anderer, neuer Entwicklungsvarianten des ostdeutschen Gesellschaftsfragments zugelassen hätte. Auf dem Gebiet des untergegangenen deutschen Reiches trafen ja die politischen Interessen mehrerer und durchaus verschiedener Mächte zusammen, über deren Fernziele im geschichtlichen Moment der Kapitulation des deutschen Faschismus allseits Ungewißheit bestand; die Richtungen, in die sich die verschiedenen Interessenlagen entwickelten, konnten von den Beteiligten selbst erst im Lauf der Zeit ermittelt werden.⁹ Trotz der Präponderanz sowjetischer Staatsinteressen hing also die konkrete Gestaltung des Feldes Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte in Ostdeutschland *auch* von der weiteren Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Bündnispartnern, des Verhältnisses zwischen Ost und West ab.

Die in diesem Sinne relative Offenheit der politischen Situation spiegelte sich auch im Verhalten und im Bewußtsein der deutschen kommunistischen und sozialdemokratischen Gruppierungen wider, deren Vertreter sich damals in führenden Positionen befanden, einen – wie auch immer begrenzten – Einfluß bei der russischen Okkupationsmacht hatten und insofern partiell zu einem wichtigen Faktor in der zukünftigen Entwicklung Deutschlands oder der östlichen Besatzungszone werden konnten. Einen Beleg hierfür erblicken wir in der These der KPD bzw. späteren SED vom *besonderen deutschen Weg* zum Sozialismus, die von Anton Ackermann, einem führenden KPD-Mitglied in durchaus programmatischer Absicht in der ersten Nummer der theoretischen Zeitschrift »Einheit« vom Februar 1946 vorgetragen worden war und deren Kernsätze so lauteten:

»Die Einheitspartei soll selbständig und unabhängig sein. Es ist ihre Aufgabe, ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziellen Bedingungen in Deutschland zu entwickeln... (Die SED) soll, von den Besonderheiten der Entwicklung unseres Volkes ausgehend, einen eigenen Weg einschlagen... In diesem Sinne müssen wir einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus unbedingt bejahen.«¹⁰

Daß man diese implizite Distanzierung vom sowjetischen Modell keineswegs als ein bloß zeitweiliges taktisches Zugeständnis der führenden Kräfte inner-

⁹ Die Ungewißheit ist natürlich auch ein Resultat des partiell illusionären Charakters des Anti-Hitler-Kriegsbündnisses zwischen den Westmächten und der Sowjetunion.

¹⁰ Zit. nach: Hermann Weber/Fred Oldenburg, 25 Jahre SED. Chronik einer Partei. Köln 1971, S. 23.

halb der KPD gegenüber der SPD werten kann, zeigt ein weiterer Argumentationszusammenhang jenes Aufsatzes. Ackermann unterstreicht nämlich einerseits die Notwendigkeit der Aufrichtung der »*ganzen* Macht der Arbeiter (wie Marx sagt: »die revolutionäre Diktatur des Proletariats«)« als der »grundlegenden Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus«¹¹; andererseits verweist er auf die historische Einmaligkeit der deutschen Situation, in der

»die Klasse der Bourgeoisie durch besondere Umstände nicht über den militaristischen und bürokratischen staatlichen Gewaltapparat verfügt, der es ihr sonst möglich macht, den Machtanspruch des Proletariats mit dem Bürgerkrieg und der terroristischen Niederwerfung der proletarisch-sozialistischen Bewegung zu beantworten.«¹²

Die Modalitäten der Machtübernahme und damit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hatten sich infolge der Zertrümmerung der bourgeoisen Staatsgewalt durch militärische Einwirkung von außen und im Vergleich zur klassischen Revolutionstheorie geändert – aber eben nur die Modalitäten; die Aufgabe: eine »Revolutionierung« der gesellschaftlichen Basis durch die selbständige, politische Klassenaktion des Proletariats war geblieben. Darin, daß sich Ackermann (und mit ihm offenbar weite Teile der beiden Arbeiterparteien) dieser Aufgabe und vor allem des prekären Verhältnisses zwischen ihr und der politischen Realität mehr oder weniger bewußt waren, war zugleich eine wichtige Bedingung für die Möglichkeit einer zum damaligen Zeitpunkt unvorhersehbaren Entwicklungsvariante der (ost-)deutschen Nachkriegsgeschichte in nuce enthalten.

Je stärker sich jedoch im beginnenden Kalten Krieg die Tendenzen zur Integration der west- und ostdeutschen Teile in die beiden antagonistischen Blöcke durchsetzten, umso geringer mußten die Chancen für den anvisierten »besonderen deutschen Weg« zum Sozialismus werden. Für die SED hieß das die fortschreitende Angleichung an das Vorbild der KPdSU (B) in Organisationsstruktur und Ideologie: Kaderpartei stalinistischer Prägung statt Massenpartei, dadurch bedingte Parteisäuberungen, zentralistischer Parteaufbau, bedingungslose Anerkennung der Führungsrolle der KPdSU (B) und der Sowjetunion. Entscheidend für diesen Umwandlungsprozeß der SED in eine »Partei neuen Typus« wurde der Konflikt Stalins mit den jugoslawischen Kommunisten und der Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform im Sommer 1948. In der ostdeutschen und darüberhinaus osteuropäischen Nachkriegsentwicklung war mit diesem Vorgang ein Wendepunkt erreicht worden: schon um ein mögliches Übergreifen der titoistischen Politik auf andere Länder und Gebiete ihres Einflußbereiches zu verhindern, war die SU nunmehr darauf angewiesen, jedes Anzeichen einer eigenständigen Bewegung in jenen Territorien im Keim zu ersticken. Andernfalls hätte die Politik des Aufbaus eines einheitlichen Blocks gegen die westlich-imperialistische Politik der »Eindämmung« keinen Erfolg gehabt; wobei es natürlich darauf ankommt, die spezifischen Eigenheiten der östlichen Blockbildungs-Politik im Auge zu behalten.¹³

¹¹ Zit. nach: Rüdiger Thomas: »Materialien zu einer Ideologiegeschichte der DDR«, in: Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR. Eingeleitet von P. C. Ludz. München 1971, S. 32. Hervorhebung von mir, P. B.

¹² Zit. nach: ebda.

¹³ Denn von jetzt an mußten sich alle jene Tendenzen der Stalinschen internationalen Politik mit Macht wieder durchsetzen, die bereits in der Zeit vor und während des Krieges sich manifestiert hatten: absoluter Vorrang der innergesellschaftlichen Stabilisierung sowie außenpolitischen Absicherung der SU und daraus abgeleitete, ebenso absolute Kontrolle über Strategie und Taktik

Für die entstehende DDR war damit der Schritt zur nunmehr totalen Einengung und partiellen Aufhebung des Handlungsspielraums einer selbständigen proletarischen Klassenbewegung im politischen, ökonomischen und ideologischen Bereich getan.¹⁴ Damit ist die zweite Determinante der Entwicklung des ostdeutschen Sozialismus umrissen: an die Stelle einer – möglicherweise realisierbaren – gesellschaftlichen Praxis der revolutionären Erneuerung trat das, was man mit Henri Lefebvre »mimetische Praxis«¹⁵ nennen könnte. Die Nachahmung und Übertragung stalinistischer Strukturen in Politik und Ökonomie in den Jahren nach 1948 mußte die »Objektrolle« der SBZ und späteren DDR automatisch verfestigen und vertiefen.

3. Die Entstehung der DDR als nationalstaatliches Fragment

Eine dritte Determinante der Ausgangssituation ist in dem Umstand zu erblicken, daß die DDR ein aus einem vordem einheitlichen Nationalverband sich ablösendes Fragment dargestellt hat (und in eingeschränktem Maße bis heute noch darstellt), das – und das ist ausschlaggebend – eine gegenüber der Vergangenheit dieses Nationalverbandes neue, veränderte Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur aufweist.¹⁶ Dies wiederum hatte notwendig zur Folge, daß das Fragment SBZ-DDR sich in zunehmendem Maß und schließlich permanent durch den kapitalistischen Teil Deutschlands in Frage gestellt sah, was in den verschiedenartigsten Formen der Feindseligkeit zum Ausdruck kam, so etwa im sog. Alleinvertretungsanspruch, der von den Bonner Regierungen bis 1969 aufrechterhalten wurde.

Andererseits waren die Herrschenden in der DDR in dieser Lage einem verschärften Legitimationsdruck ausgesetzt. Denn solange dem eigenen Gesellschaftssystem vom anderen Teil des ehemaligen Gesamtstaates in feindseliger Absicht die Existenzberechtigung abgesprochen wurde, bedurfte es verstärkter Bemühungen, der Bevölkerung die Identifizierung mit den neuen Verhältnissen zu erleichtern. Da dies aber aus den oben unter 1. und 2. dargelegten Gründen der »Objektsituation« Ostdeutschlands prinzipiell nicht auf direktem Wege ins Werk gesetzt werden konnte – das heißt auf dem Wege der massenhaften demokratischen Selbstorganisation und ökonomischen Emanzipation des Proletariats –, blieben objektiv nur der indirekte Weg über die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse (im weitesten Sinn, also einschließlich der sozialen Versorgung, des Bildungswesens usw.) der Bevölkerung übrig und – vor allem solange sich dieser

der außerrussischen Bruderparteien bis hin zur physischen Liquidierung führender Persönlichkeiten (wie im Falle des KPD-Politbüros in der Moskauer Emigrationszeit geschehen) oder fehlenden Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbewegungen (Warschauer Aufstand 1944). Alle bislang erreichbaren Fakten deuten darauf hin, daß diese Tendenzen zumindest in der ersten Zeit nach 1945 in der Westpolitik der SU nicht dominierten, so daß sie vielleicht hätten neutralisiert werden können – im Falle Deutschlands insbesondere durch eine Korrektur des antikommunistischen Kurses der SPD unter Schumachers Führung und eine damit einhergehende Schaffung eines starken politischen Potentials hinsichtlich einer unabhängigen sozialistischen Politik in allen vier Zonen. Nach 1948 gab es dafür keine Chance mehr.

¹⁴ Die These vom »besonderen deutschen Weg« zum Sozialismus war bis 1948 die offizielle ideologische Grundlage der Partei geblieben. Im Herbst 1948 widerrief Ackermann seine These in vollem Umfang.

¹⁵ Henri Lefebvre, Soziologie nach Marx. Frankfurt 1972, S. 46.

¹⁶ Auf die politischen Implikationen dieses Sachverhalts hat besonders nachdrücklich Ernst Richert, der Nestor der westdeutschen bürgerlichen DDR-Forschung, immer wieder in seinen Publikationen hingewiesen.

Weg als nur schwer beschreitbar erwies – der administrative Zwang, der seinerseits natürlich das Legitimationsproblem nur wieder erneut zuspitzte. Es waren offenbar diese Zusammenhänge, die – wenn sie auch wohl keinem von ihnen völlig bewußt gewesen sein dürften – die Parteiführung dazu veranlaßten, von Anfang an der drohenden Spaltung Deutschlands den Weg zu verlegen und umgekehrt mit größter Ausdauer bis weit in die 50er Jahre hinein – sogar unter Hintansetzung des sozialistischen Ziels – an Plänen zur Wiedererrichtung eines einheitlichen, bürgerlich-parlamentarisch verfaßten Deutschlands zu arbeiten.¹⁷ Offensichtlich ahnten sie, welchen Belastungen unter den obwaltenden Umständen eine separate sozialistische Entwicklung in der Ostzone ausgesetzt sein mußte.

Auch von dieser Seite der politischen Entwicklung her ist also retrospektiv eine weitere Schwächung der Idee einer sozialrevolutionären Umwälzung als selbstbewußte historische Aktion der Arbeiterklasse in Ostdeutschland zu konstatieren. Hinzu kam, daß die Verantwortlichen der sowjetischen Westpolitik zumindest zeitweise den Gedanken erwogen und ins politische Spiel brachten, Ostdeutschland die Rolle eines Faustpfandes zuzuweisen, das man gegen westliche Konzessionen – wie die militärische Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands – einzutauschen bereit war.¹⁸ Dies mußte in die Politik der ökonomischen und sozialstrukturellen Veränderung einen erheblichen Unsicherheitsfaktor hineinbringen; die Veränderungsprozesse selbst vollzogen sich gewissermaßen unter einem Damoklesschwert. Denn daß sozialistische Elemente der nachkapitalistischen DDR-Gesellschaft zumindest partiell in etwaigen Wiedervereinigungs-Verhandlungen zur Disposition hätten gestellt werden müssen, war zu erwarten. In dieser Situation einer prinzipiellen Abhängigkeit von externen Faktoren mußten sich alle Tendenzen der bloß »instrumentell« praktizierten Emanzipation der Gesellschaft abermals verstärken, und zwar hier infolge des objektiven Zwangs, den gesellschaftlichen Lebensprozeß Ostdeutschlands für die führenden Gruppen überschaubar und unter Kontrolle zu halten.¹⁹

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Einführung planwirtschaftlicher Lenkungsmittel als *Funktion* der Außen-, Sicherheits- und Reparationspolitik der SU und die daraus resultierende Objektrolle der DDR; die Einengung des politischen Handlungsspielraums als Folge des Kalten Krieges und die damit einhergehende Reduzierung der politisch-gesellschaftlichen Praxis auf die *mimetische* Ebene; schließlich die sich aus dem Status eines nationalstaatlichen *Fragments* ergebenden negativen Konsequenzen: in diesen drei Bereichen bündeln sich die wesentlichen Entwicklungsbedingungen des geschichtlichen Weges, den die DDR-Gesellschaft hinter sich gebracht hat. Zugleich stellten aber diese Bedingungen außerordentlich große Hindernisse dafür dar, daß dieser Weg auch ein Weg zum Sozialismus sein konnte.

¹⁷ So legte z. B. Otto Grotewohl auf dem II. Parteitag der SED von 1947 die Verfassungsgrundsätze einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik vor, die gemäß den Prinzipien eines radikal-demokratischen, bürgerlichen Parlamentarismus aufgebaut war.

¹⁸ Dieser Konzeption folgte besonders deutlich die sog. Stalin-Note vom 10. März 1952.

¹⁹ Formell beendet war der Zustand der Ungewißheit über die Wiedervereinigungsfrage erst im Jahr 1955, als nach dem Scheitern der Genfer Konferenz der vier Großmächte die UdSSR erstmals offiziell die Unantastbarkeit der »politischen und sozialen Errungenschaften der Werktätigen der DDR« und die Wiedervereinigung zu einer Sache erklärte, die vor allem das »deutsche Volk selbst« zu regeln hätte. So N. S. Chruschtschow am 26. Juli in Berlin, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III, Berlin 1967, S. 472 f.

In der Tat wäre nur eine tiefgreifende soziale Revolution in Ostdeutschland eine der Größe jener Hindernisse adäquate Antwort auf die offene Frage gewesen: wie soll der »Aufbau des Sozialismus« vor sich gehen? Aber dort, wo die revolutionäre Entfaltung der Initiative und Leistungsfähigkeit der Produzentenmassen objektiv am »nötigsten« war, bestanden aus denselben Gründen die dafür denkbar ungünstigsten materiellen Bedingungen, die jeden derartigen Ansatz zunichte machen mußten. In dieser Dialektik der Ausgangslage gründen die Widersprüche der DDR-Gesellschaft in ihrer historischen Entwicklung.

II. GRUNDTENDENZEN DER HISTORISCHEN ENTWICKLUNG

1. *Der Voluntarismus der Periode 1948–1961/62*

Die oben umrissenen Entwicklungsbedingungen der DDR-Gesellschaft hatten sich bis etwa Mitte des Jahres 1948 mehr oder weniger deutlich herauskristallisiert. Mit dem bereits seinem ersten Höhepunkt entgegentreibenden West-Ost-Konflikt (Währungsreform in den westlichen Zonen Deutschlands, Blockade Berlins in der Ostzone) und mit der durch den Bruch Stalins mit der jugoslawischen KP-Führung signalisierten Errichtung der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa war der Zeitpunkt gekommen, an dem etwa Grotewohl in einer Parteivorstandstagung der SED sagen konnte, daß nunmehr die Entwicklung zur Volksdemokratie »die einzige Entwicklungsmöglichkeit (ist), die uns . . . in unserer Zone geblieben ist.«²⁰ Die Determinanten der ostdeutschen Entwicklung waren festgelegt; von jetzt an konnte es sich nur noch darum handeln, in ihrem Rahmen den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu beginnen oder vielmehr zunächst nur vorzubereiten.

Am Beginn dieser ersten Aufbauperiode stehen zwei Ereignisse, die für die weitere geschichtliche Entwicklung symptomatisch geworden sind. Auf einer Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB am 25./26. November 1948 in Bitterfeld wurde die Auflösung der Betriebsräte, soweit sie von den Belegschaften in der Industrieproduktion in demokratischen Wahlen gewählt worden waren, beschlossen. Damit war ein Vorgang von weittragender Bedeutung eingeleitet worden: die Institutionalisierung repressiver Arbeitsverhältnisse. Im Gegensatz zu den unabhängigen Betriebsräten waren nämlich die vom FDGB neugeschaffenen Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL; mit ihnen hatten sich die Betriebsräte zu »vereinigen«) an die Beschlüsse des FDGB und der einzelnen Industriegewerkschaften gebunden, also nicht mehr von außerbetrieblichen Gremien weisungsunabhängig. Von jetzt an blieben die neuen Rechte der BGL und darüberhinaus aller Betriebsmitglieder in wesentlichen Punkten wirkungslos, weil die Leitungshierarchie im Betrieb und hier vor allem die Suprematie des staatlichen Leiters von ihnen in keiner Weise tangiert wurden.²¹

Das andere Ereignis bezieht sich auf den Beginn der langfristigen Planung der Volkswirtschaft: am 1. Juli des Jahres begann der Halbjahrplan 1948,

²⁰ Zit. nach Weber/Oldenburger, 25 Jahre SED . . . , a. a. O., S. 67.

²¹ Daran hat auch die Novelle von 1966 zum Gesetzbuch der Arbeit, die die Rechte der BGL erweiterte, im wesentlichen nichts geändert. Vgl. dazu insgesamt Hartmut Zimmermann: »Wandlungen der Leitungsstruktur des VEB in soziologischer Sicht«, Deutschland Archiv, 3. Jg. 1970, Sonderheft »Industriebetrieb und Gesellschaft in der DDR« S. 98–112.

der den Übergang von den Produktionsbefehlen der SMAD zum Zweijahrplan 1949/1950 bewerkstelligen sollte und als wirtschaftspolitische Alternative zum Marshallplan konzipiert war. Symptomatisch sind diese beiden Ereignisse deshalb zu nennen, weil sie die prägenden, strukturierenden Gestaltungsprinzipien des DDR-Sozialismus im Keime enthielten. Einerseits war – und die Auflösung der Betriebsräte ist nur ein besonders wichtiges Beispiel unter vielen anderen – jedem Ansatz politischer Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Produzentenmassen nunmehr auf unabsehbare Zeit der Boden entzogen worden; dies jedoch als Folge der Determinanten der Ausgangslage, die, wie wir sahen, in potenziierter Form jede Art von unkontrollierter Entwicklung innerhalb der Gesellschaft notwendig zurückdrängen, ja liquidieren und damit den innersten Nerv der sozialen Bewegung selbst treffen mußten. Initiative und Tatkraft der Produzentenmassen waren freilich nicht zum Verschwinden gebracht worden; aber dadurch, daß die Fähigkeiten der Subjekte von nun an lediglich administrativ einsetzbar waren und insofern *instrumentalisiert* wurden, war ihnen gewissermaßen die Spitze genommen worden, konnten sie sich nur noch in gebrochener Form äußern.²²

Andererseits zeugt der Übergang zur Planwirtschaft (und erst recht der Inhalt der nun einsetzenden Jahres- und Perspektivpläne) von dem Bestreben der führenden Gruppen, die entstehende DDR durch Schaffung einer eigenen wirtschaftlichen, materiell-technischen Basis von ihrer Objektrolle zu emanzipieren; diese Entfaltung der materiellen Produktivkräfte indes blieb zwangsläufig um eben jene Dimension des politischen Kampfes und der subjektiven Aneignung verkürzt, die die Arbeiterbewegung Ostdeutschlands entweder gar nicht oder nur in verstümmelter Form kennengelernt hat. Daher konnte das Problem der Produktionssteigerung und des allgemeinen Wirtschaftswachstums in einem solchen Ausmaß als bloß »technisches« Problem, als Problem der Allokation der Ressourcen und des möglichst effektiven Einsatzes der Mittel in Erscheinung treten, wie es bis heute der Fall ist.

Im Verlauf dieser ersten – bis Anfang der 60er Jahre zu datierenden – Phase ihrer Entwicklung ist es der DDR gelungen, durch eine Politik der extensiven Akkumulation wesentliche materielle Voraussetzungen für die eingangs umschriebene »Selbstbefreiung« aus ihrer Objektrolle zu schaffen und damit prinzipiell die Möglichkeit einer Identitätsfindung zu eröffnen. Nur zwei Daten seien hier genannt, um die gewaltige Aufbauleistung zu illustrieren: in den letzten zwanzig Jahren (seit 1950) hat sich die industrielle Produktion der DDR rund verfünffacht; die Arbeitsproduktivität ist in der gleichen Zeit um etwa das Vierfache gestiegen.²³ Das spezifische Merkmal der Aufbauphase bis 1961/62 indessen ist nicht in der Vergrößerung des Produktionsvolumens als solchen zu sehen, sondern in dem Umstand, daß nach dem Muster der Stalinschen Autarkiepolitik die Errichtung einer eigenen Grundstoffindustrie und die Produktion von Investitionsgütern forciert wur-

²² Auf dieser Basis der »gebrochenen Form« baut sich das gesamte, vielverzweigte System der Aktivistenbewegung und des sozialistischen Wettbewerbs auf, durch die »im Kampf um die Erhöhung der Produktivität der Arbeit Altes überwunden, Neues durchgesetzt und ein allgemeiner Aufschwung erzielt« werden soll (Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus. Berlin 1969, S. 722.)

²³ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Frankfurt 1971, S. 103.

den, aber infolge des Fehlens ausländischer Hilfe zwangsläufig gänzlich einseitig zu Lasten der Produktion von Konsumgütern.

Damit stellte sich aber das Problem der nur »instrumentell« verstandenen und praktizierten Emanzipation der Massen erneut, und zwar in verschärfter Form. Die Stilllegung der subjektiven Fähigkeiten der Proletariermassen, ihre weitgehende Ersetzung durch Appelle und Kampagnen einerseits und die permanente Einschränkung des privaten Konsums andererseits: diese Kombination ergab – besonders in einer Zeit, in der nicht nur Demontagen, Reparationen und Beseitigung der Kriegsschäden noch eine zusätzliche Belastung²⁴ darstellten, sondern darüberhinaus die Entwicklung des westdeutschen Lebensstandards immer stärker mit dem ostdeutschen Konsumverzicht kontrastieren mußte – jenes explosive Gemisch, das in den frühen fünfziger Jahren zu einer Massenabwanderung nach Westdeutschland und schließlich sogar, am 16. und 17. Juni 1953, zu einer Massenstreikbewegung in verschiedenen industriellen Ballungszentren der DDR geführt hat.²⁵ Das Kennzeichnende beider Ereignisse ist indessen nicht, wie es bürgerliche Ideologen wahrhaben wollten, in allerlei antikommunistischen und freiheitspathetischen Momenten zu erblicken, sondern umgekehrt im *entpolitisierten* Bewußtseinsstatus, in dem sich beide Teile, die Rebellierenden und die Abwandernden, schon zuvor befunden hatten.

Dies weist auf einen grundlegenden Aspekt der ostdeutschen Geschichte zurück. Die Außerachtlassung der Initiative, der emanzipatorischen Bedürfnisse und des Sachverständes der unmittelbaren Produzenten war ja nur ein anderer Ausdruck für die von der Partei nicht oder nur mangelhaft durchgeführte Analyse der sozioökonomischen Entwicklungen in der Gesellschaft – eine Analyse, die natürlich zuallererst im Dialog der Führer mit den unmittelbaren Produzenten, der »Partei« mit der »Klasse« hätte begonnen werden müssen.²⁶ Aber auch die Mißachtung, ja Tabuisierung empirischer Sozialforschung war nur ein deutliches Anzeichen für jene spezifische Form der Nichtübereinstimmung zwischen »Politik« und »Ökonomie« während der ganzen Aufbauphase der DDR. Die Folge war, daß, trotz aller Aufbauleistungen, die politisch-staatlichen Maßnahmen, mit deren Hilfe man die sozioökonomischen Prozesse im Innern der Gesellschaft zu meistern hoffte, *relativ* wirkungslos blieben und bleiben mußten. Dies wiederum verstärkte die ohnehin vorhandene Tendenz zur Aufblähung des Staatsapparats und zur Bürokratisierung der Beziehungen zwischen Partei und Klasse: wo an die Stelle der schöpferischen Fähigkeiten der Massen und ihrer Entfaltung die Staatsintervention getreten war, konnte die faktische und ideologische

²⁴ So betrug der Anteil der in sowjetisches Eigentum übergeführten »Sowjetischen Aktiengesellschaften« (SAG) am gesamten industriellen Produktionsvolumen der DDR noch im Jahr 1950 über 22 (!) Prozent. Vgl. Leptin, a. a. O., S. 22.

²⁵ Indirekt haben die Streiks und aufstandsähnlichen Aktionen zur Befestigung des »Neuen Kurses« beigetragen, der den 1952 von der 2. Parteikonferenz der SED gefaßten Beschluß, den »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« im *forcierten* Tempo in Angriff zu nehmen, relativiert und bis 1955 eine Verlangsamung des Aufbautempos durch verschiedene politische und wirtschaftliche Maßnahmen herbeigeführt hat.

²⁶ Unter diesen Ausdrucksformen eines verkümmerten Klassenbewußtseins verbirgt sich offenbar eine weitere Determinante sozialistischer Entwicklung in der DDR und Osteuropa. Die Tatsache, daß überall dort, wo sich unter den Bedingungen des westlich-imperialistischen Drucks nach 1945 sozialistische Gesellschaften etabliert haben, zugleich auch das Bewußtsein von der umfassenden Bedeutung der Kategorie »gesellschaftliche Aneignung« und somit vom notwendigen revolutionären Kampf *untergegangen* ist, steht offenbar in einem generellen Zusammenhang mit der von Negt/Kluge so genannten »Ideologie der Lagermentalität«. Vgl. Oskar Negt und Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*. Frankfurt 1972, S. 341 ff.

Fetischisierung eben dieser Staatsmacht nicht ausbleiben. So nahm die politische Intervention in der ersten Phase der historischen Entwicklung der DDR eine Gestalt an, die wir im Anschluß an die Untersuchungen von Charles Bettelheim als *Voluntarismus* der parteilich-staatlichen Machtgruppen bezeichnen wollen.²⁷

Gegen Ende der Aufbauphase der ostdeutschen Wirtschaft erreichte dieser Voluntarismus seinen Höhepunkt, nämlich in der Ausarbeitung und Realisierung des 1958 verkündeten Siebenjahresplans, der die Jahre 1959–1965 umfassen sollte und dessen »ökonomische Hauptaufgabe« darin bestand, die Verbrauchsgüterversorgung – das zu dieser Zeit immer noch ungelöste Grundproblem der Wirtschaftspolitik – bis 1961 an das westdeutsche Niveau anzupassen. Sehr bald zeigte sich indes, daß die politischen Führungsgruppen, grundsätzlich befangen in ihren voluntaristischen Planphantasien und zusätzlich geblendet von den hohen Wachstumsraten der vorhergehenden Jahre, die Planziele viel zu hoch angesetzt hatten; nicht nur die enorm hohen Steigerungsraten im privaten Verbrauch wurden nicht erreicht, sondern darüberhinaus durch die inadäquaten Planproportionen eine ernste Wachstumskrise der Gesamtwirtschaft erzeugt. Bereits Anfang 1961 wurde der Siebenjahresplan aufgegeben. Erneute Versorgungsschwierigkeiten ließen nicht lange auf sich warten; zusammen mit den negativen Auswirkungen der Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft von 1960 und der östlichen Bestrebung, das Westberlin-Problem zu bereinigen, hatten sie die Wirkung, die durch die abgestoppten Planvorhaben gerade verhindert werden sollte: das erneute Anwachsen der Ost-West-Binnenwanderung, die schließlich nicht anders als durch die Abspermaßnahmen des 13. August 1961 endgültig unterbunden werden konnte.

2. Der Ökonomismus der Periode seit 1961/62

Das Scheitern des Siebenjahrplans bezeichnete einen Wendepunkt in der historischen Entwicklung der DDR-Gesellschaft, die nunmehr, zu Beginn der sechziger Jahre, in die zweite geschichtliche Phase eintrat. Ein zusätzlicher Faktor der in die Wirtschaftsreformen der Jahre 1963/64 einmündenden Neuorientierung war der Übergang vom extensiven Produktionswachstum zur intensiven Produktionssteigerung, wie sie nach Beseitigung der wesentlichsten volkswirtschaftlichen Disproportionen (in der Wiederaufbauphase) und nach Herstellung der Kalkulierbarkeit des Arbeitskräftepotentials (durch den erzwungenen Stop der Massenabwanderung) nicht nur möglich, sondern infolge der Rationalisierungs- und Automatisierungsaufgaben (»wissenschaftlich-technische Revolution«) auch unabweisbar geworden war. Die Reformierung der Planung und Wirtschaftsorganisation wurde schon unter solchen Aspekten notwendig; indessen entsprang das Motiv der Einführung eines »neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (NOS) auch und vielleicht primär der Einsicht in die relative Wirkungslosigkeit und sogar partielle Schädlichkeit des staatlichen Voluntarismus. Die berühmt gewordene »Richtlinie« des Ministerrates, sozusagen das Grundgesetz der Wirtschaftsreformen in der DDR, gibt über diesen Zusammenhang selbst recht deutlich Auskunft:

²⁷ Charles Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen*. Berlin 1970, S. 120 f.

»Das ökonomische System der Planung und Leitung und sein Bestandteil, die Anwendung des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel, entsprechen den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen der Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung unter sozialistischen Bedingungen. Sie bewirken, daß die vielfach noch anzutreffenden überlebten, bürokratischen Illusionen, etwa die Überschätzung zentraler Einzelentscheidungen, aus unserem Wirtschaftsleben verschwinden. Damit werden vielfältige Quellen einer unökonomischen Administration verstopft.«²⁸

Aber im komplexen und widersprüchlich strukturierten Beziehungsgefüge zwischen politischer und ökonomischer Ebene bedeutete die Kritik am Voluntarismus eine bloß mechanische Verschiebung des Schwergewichts zur anderen Seite hin, zur Seite der Ökonomie; sie konnte auch nichts anderes bedeuten, da der Grundwiderspruch jenes Beziehungsgefüges in der DDR – wie in den anderen Transformationsgesellschaften sowjetischen Typs – auch in der neuen Entwicklungsphase nicht wesentlich tangiert wurde. Das heißt der Widerspruch zwischen sozialistischer Eigentumsform und ihr nicht entsprechender politischer Aneignungsform (der Produktivkräfte) durch die selbsttätig agierenden Produzentenmassen blieb auch weiterhin eingefroren, wurde nicht zum Generalthema des politischen Kampfes der Gesellschaft im Übergang gemacht. Daher mußte die Reduzierung der Rolle und der Aktivität der politisch-staatlichen Intervention, die zum bestimmenden Merkmal dieser zweiten Phase des DDR-Sozialismus wurde, notwendig in der Form des *Ökonomismus* – einer weiteren spezifischen Form der Fetischisierung gesellschaftlicher Verhältnisse – vor sich gehen und durchgesetzt werden.²⁹ An die Stelle der so scharf und deutlich kritisierten »bürokratischen Illusionen« traten – ohne daß diese freilich gänzlich verschwunden wären – jene ökonomistisch-juristischen Illusionen, die durch »optimale Verbindung der auf langfristige Zielvorstellungen ausgerichteten zentralen staatlichen Planung mit einer indirekten Steuerung der Betriebe über monetäre Lenkungsmittel«³⁰, also durch Dezentralisierung und durch Schaffung verschiedener Systeme »ökonomischer Hebel« und »materieller Anreize« eine *prinzipiell* höhere Entwicklungsstufe des ostdeutschen Sozialismus herbeiführen wollten.

Infolge des Weiterbestehens der Wertform, d. h. infolge der objektiven Unmöglichkeit, die Herrschaft des Wertgesetzes in der Produktion durch das »Gesetz der gesellschaftlichen Leitung der Ökonomie«³¹ tendenziell und in adäquater Form in Frage zu stellen, nahmen diese Reformmaßnahmen in der DDR (wie in den anderen sozialistischen Ländern) zwangsläufig den *Schein* der Restauration kapitalistischer Wirtschaftsprinzipien an. Die Kritik der chinesischen Kommunisten und westlicher Marxisten an den ökonomischen Reformen bezieht hieraus ihre partielle Berechtigung – trotz ihrer oftmals überzogenen Apologetik der eigenen Position, sei sie trotzkitischer oder chinesischer Provenienz (um nur die beiden wichtigsten Varianten zu nennen). Mag diese theoretische Kritik in grundsätzlichen Aspekten erhellend sein, so geht sie dennoch, wenigstens soweit es die ostdeutsche

²⁸ Richtlinie (des Ministerrates) für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963 (GBl. II S. 453), zit. nach: Müller-Römer, DDR-Gesetze, a. a. O., Nr. V/181, S. 29.

²⁹ Der Begriff des Ökonomismus wird hier ebenfalls von Bettelheim übernommen.

³⁰ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), DDR-Wirtschaft . . . , a. a. O., S. 59. Eine präzise und informative Darstellung des NÖS findet sich ebenda, S. 58–93, mit weiteren Literaturhinweisen.

³¹ Bettelheim, a. a. O., S. 129 und passim.

Entwicklung betrifft, an einem nicht unwichtigen Moment der historischen Entwicklung völlig vorbei. Sie sieht nämlich nicht, daß und in welchem Ausmaß die Zurückdrängung des parteilich-staatlichen Voluntarismus gleichzeitig eine erhebliche Veränderung des sozialen Klimas bewirkte und darüberhinaus – trotz gleichbleibender Grundstruktur der Gesellschaft – sogar strukturelle Wandlungen einleitete, die wenn auch nur punktuell einen echten Fortschritt der sich in der Transformation befindlichen sozialistischen Gesellschaft anzeigten. Für die tendenzielle Einschränkung der Aktivität der »politischen« Instanz und vor allem für den Wandel des gesellschaftlichen Klimas hat Ernst Richert schon recht früh den Begriff der »Versachlichung« eingeführt.³² Und was die Veränderungen der Strukturen im Bereich der Institutionen, aber auch der Ideologie angeht, so ließen sie sich etwa am Beispiel der Jugendpolitik, zahlreicher Reformen im Bildungswesen, des neuen Strafgesetzbuches, der Verfassung vom 6. April 1968 und nicht zuletzt anhand der Entwicklungen im kulturellen »Überbau« mit hinreichender Deutlichkeit nachweisen. Im Zusammenhang mit dem letztgenannten Bereich wären das Auftreten und der Wiederhall philosophischer und literarischer Tendenzen in der ersten Hälfte der sechziger Jahre zu analysieren, wie sie sich etwa in den Namen Robert Havemann, Wolf Biermann, Christa Wolf u. a. verkörperten und für die beispielsweise ein Gedicht-Titel wie »Rehabilitierung des Ich« (1965 veröffentlicht)³³ von paradigmatischer Bedeutung gewesen ist.

Die gesellschaftlichen Folgewirkungen der Wendung zum Ökonomismus wurden noch durch ein weiteres Moment zusätzlich gestützt. Seit Mitte der sechziger Jahre mehrten sich nämlich die Anzeichen dafür, daß die DDR einen Punkt ihrer Entwicklung erreicht hatte, an dem der Prozeß der »Emanzipation« von ihren Ausgangsbedingungen im wesentlichen abgeschlossen zu sein schien. So bezeichnete beispielsweise Ulbricht Ende 1965 die soeben eingeführten Wirtschaftsreformen als »das ökonomische System eines sozialistischen Staates, der die unerhörten Belastungen der imperialistischen Vergangenheit, insbesondere des faschistischen Weltkrieges und der Spaltung des Landes, im wesentlichen gemeistert hat.«³⁴ Die (in der Folgezeit berühmt gewordene, von vielen Linken in der Bundesrepublik kritisierte) Ulbrichtsche These, wonach es sich bei der sozialistischen DDR-Gesellschaft um »eine relativ *selbständige* sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus«³⁵ handele, bezieht hieraus ihre Wahrheit; diese Formel ist, und das verkennen die linken Kritiker, nur die ideologische Verkleidung für den historischen Tatbestand: die DDR ist ihrer früheren Objektrolle entwachsen, sie ist damit Subjekt ihrer eigenen staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung geworden und sie hat eine spezifische Identität mit sich selbst gefunden. Auch die

³² Ernst Richert: Art. »Sowjetische Besatzungszone – Deutsche Demokratische Republik«, in: Evangelisches Staatslexikon. Stuttgart und Berlin 1966, Sp. 1999. Andere Autoren verwenden auch den Begriff der »Modernisierung« der politisch-sozialen Organisationsstrukturen.

³³ Vgl. Hildegard Brenner (Hrsg.), Nachrichten aus Deutschland. Eine Anthologie der neuen DDR-Literatur. Hamburg 1967, S. 270.

³⁴ Walter Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR. Bd. 1, Berlin 1969, S. 668.

³⁵ Walter Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland. (Internationale wissenschaftliche Session: 100 Jahre »Das Kapital«, Berlin 22./13. September 1967.) 2. Aufl. Berlin 1969, S. 38. Hervorhebung von mir, P. B.

(ebenfalls von Ulbricht eingeführte) Formel von der »sozialistischen Menschengemeinschaft« in der DDR, die merkwürdige Harmonievorstellungen über die Zukunftsgesellschaft allzu voreilig vindizierte, und schließlich die auf dem VII. Parteitag 1967 erfolgende Umbenennung der Entwicklungsphase des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in die »Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus« mit den hierauf folgenden vielfältigen Bemühungen der Gesellschaftswissenschaftler um eine systemtheoretische Fundierung dieser Sozialismus-Konzeption können und sollten in erster Linie als weitere ideologische Ausdrücke der neugewonnenen Identität interpretiert werden. Sie sind der Ausdruck eines mehr oder weniger vagen Bewußtseins darüber, daß jenes Bündel von Determinanten, das, wie wir zu zeigen versuchten, die Entwicklung des ostdeutschen Sozialismus so stark behindert und zugleich geprägt hat, in wesentlichen Punkten außer Kraft gesetzt worden war. Nicht jene ideologischen Bezeichnungen, sondern dieses spezifische DDR-Bewußtsein des »über-den-Berg-seins« kann somit als das wichtigste äußere Kennzeichen der zweiten, bis 1970/71 andauernden Entwicklungsphase des ostdeutschen Sozialismus angesehen werden.^{35a}

III. WARENFETISCHISMUS UND SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT

Bezogen auf das Problem der revolutionären Transformation der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft³⁶ läßt sich, was den DDR-Sozialismus und seine Entwicklung angeht, die These aufstellen: die Transformation findet statt, aber nicht auf revolutionäre Weise. Alle Maßnahmen der strukturellen Umformung des gesellschaftlichen Lebensprozesses in der DDR sind nur *vorbereitende* Maßnahmen; gleichwohl haben sie einen sozialistischen Charakter.

Die politische Herrschaft, die von der Partei anstelle der Produzentenmassen im substitutionalistischen Sinn ausgeübt wird, trägt entscheidend zu diesem spezifischen, ganz und gar ungelösten gesellschaftlichen Spannungszustand bei, indem sie die genuin sozialistische Entwicklungsdynamik retardiert, erschwert oder gar nicht erst zum Zuge kommen läßt.³⁷ Aber der Analytiker tut gut daran, sich der Dialektik der Entwicklung zu erinnern; der gleiche gesellschaftliche Widerspruch nimmt eine andere Gestalt an, wenn man ihn von seinem anderen Entwicklungspol her betrachtet. Das heißt, die Partei mag tun was sie will: sie legt in allen ihren Aktivitäten (und gerade in denen des Alltags) die Grundlagen für eine radikale Weiterentwicklung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie kann sich auch gar nicht anders verhalten, weil der sozioökonomische »Grundriß«, auf

^{35a} Seit dem VIII. Parteitag der SED (Juni 1971) sind gewisse Veränderungen zu beobachten: Rezentralisierung des ökonomischen Lenkungssystems, Abkehr vom Systembegriff und von der »Theorie« der sozialistischen Menschengemeinschaft, Wiederentdeckung der Rolle der Gewerkschaften als Interessenvertretung im Betrieb, das Primat der Konsumenteninteressen im neuen Fünfjahrplan 1971–75.

³⁶ Die Formulierung knüpft an die von Marx in der »Kritik des Gothaer Programms« (MEW 19, S. 28) verwendete Bezeichnung an, wonach »zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre (liegt)«.

³⁷ Vgl. dazu Joachim Perels: »Zur politischen Verfassung des Sozialismus«, Kritische Justiz, Heft 2/1971, S. 166 ff.

dem sich die Gesellschaft aufbaut, ihr keine andere Wahl läßt. Dieser Grundriß der Gesellschaft ist gekennzeichnet durch Abwesenheit des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, Vorherrschaft »gesellschaftlicher« Eigentumsformen, daraus resultierende Produktionsweise, die sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert.

An dieser genuin sozialistischen Form des materiellen Reproduktionsprozesses der DDR-Gesellschaft ist zu keinem Zeitpunkt der historischen Entwicklung gerüttelt worden. Sogar zur Zeit des während der Reformperiode der 60er Jahre dominierenden Ökonomismus hat beispielsweise die nichtproduktive gesellschaftliche Konsumtion (zu der u. a. die Aufwendungen für sämtliche Einrichtungen und Institutionen der Nichtproduktionsphäre gehören) kontinuierlich zugenommen – ungeachtet der scheinkapitalistischen Form, unter der die Wirtschaftsreformen des NÖS realisiert wurden. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang die außerordentlich rasche Entwicklung des gesamten Bildungssystems zu nennen, das gerade in den letzten Jahren eine quantitative und qualitative Ausweitung erfahren hat – etwa im Bereich der Polytechnik³⁸ – die ohne die immanenten Wirkungen der sozioökonomischen Grundverfassung überhaupt nicht erklärbar wären.

Auf der anderen Seite trägt diese Art von gesellschaftlicher Transformation lediglich vorbereitenden Charakter, weil sie der revolutionären Beteiligung der unmittelbaren Produzenten, vermittelt durch die vielfältigen Formen der Selbstorganisation des Proletariats, vollständig ermangelt (und, wie wir sahen, infolge der Wirkung der Determinanten der historischen Entwicklung auch ermangeln muß). Um zu verstehen, worin die grundlegende Bedeutung der damit angeschnittenen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung überhaupt zu erblicken ist, seien hier einige Bemerkungen grundsätzlicher Art eingefügt.

Die revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts haben überall dort, wo sie das Resultat der geschichtlichen Aktion der unterdrückten Klassen waren, nicht nur die politische Machtstruktur nachhaltig zu erschüttern vermocht, sondern sie hatten im Ansatz stets auch die emanzipative Veränderung der konkreten Lebenspraxis der Massen, die »Revolutionierung« des Alltags ins Auge gefaßt. Sofern er erfolgreich war, stellte sich diesem Typus sozialrevolutionärer Umwälzung – wie er sich (unter durchwegs verschiedenen, ja z. T. gegensätzlichen Umständen!) realisiert hat im zaristischen Rußland, in Jugoslawien und China nach dem 2. Weltkrieg sowie in einigen Regionen der Dritten Welt – daher über kurz oder lang eine Alternative, von der wir heute im nachhinein sagen können, daß sie die grundlegende Alternative für den weiteren Verlauf der Um- und Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse dargestellt hat bzw. noch darstellt. Abstrakt formuliert, ging und geht es im Kern um die Frage: sollte der Übergang zum Sozialismus unter der Herrschaft des Wertgesetzes und der entfremdeten Arbeit stattfinden oder war es möglich, das ökonomische Wachstum und den Fortschritt der Produktivität unter solchen Bedingungen in Angriff zu nehmen, die zugleich eine schrittweise Überwindung der Warenverhältnisse ermöglichen würden?

Unter dem Aspekt des emanzipativen Gehalts der Revolution mußten daher à la longue diejenigen gesellschaftlichen Tendenzen und Kräfte sich durch-

³⁸ Vgl. etwa Willi Voelmy, Polytechnischer Unterricht in der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR seit 1964. Frankfurt usw. 1969.

setzen, die fähig waren, den Kampf um die Zurückdrängung der Wirkungen der kapitalistischen Wertform und des damit verbundenen Warenfetischismus weiterzuführen. Alles kam (und kommt) hierbei jedoch darauf an, daß dieser Kampf so geführt wurde (bzw. wird), daß die »qualitative Differenz« zur vorrevolutionären Gesellschaftsordnung »als sinnlich erfahrbare Veränderung der Kommunikationsbeziehungen zwischen den Menschen sichtbar«³⁹ blieb (bzw. bleibt); denn die Adäquanz solchen Tuns war an den praktischen Bedürfnissen der massenhaft revoltierenden Arbeiter und Bauern, war also am Ziel der revolutionären Aktion selbst zu messen. Dieses Ziel hieß ökonomische Emanzipation oder mit anderen Worten: Herrschaft der unmittelbaren Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Produktion und Arbeit »ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ›Werts‹«⁴⁰, d. h. Aufhebung aller verdinglichten Kommunikationsbeziehungen zwischen den Menschen und Herstellung solcher gesellschaftlicher Beziehungen, die nicht ohne weiteres objektiv – wie in den kapitalistischen Wirtschaftssystemen – die »phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen«⁴¹ annehmen würden. Konkrete Ausformungen solcher neuer intersubjektiver Beziehungen waren und sind die tendenzielle Auflösung des Lohnverhältnisses (als derjenigen Form, in der das Wertgesetz in den Sektor der Produktion interveniert, nämlich durch den Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft), die wachsende Autonomie der assoziierten Produzenten in ihrer Rolle als Kontrolleure ihrer Arbeitsbedingungen, der Abbau der repressiven Funktionen des Staatsapparates, die Überwindung der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit durch entsprechende polytechnische Bildungsprozesse.

In keinem sozialistischen Land Osteuropas hat sich diese Linie der gesellschaftlichen Entwicklung durchsetzen können, auch und gerade in der DDR nicht; insofern dort der Wirkungsbereich der Warenkategorien (des »monetären Kalküls«, wie Bettelheim sagt) eben nicht durch das politisch-praktische Eingreifen der Produzentenmassen eingeschränkt, sondern im Gegenteil in den Formen der »sozialistischen Warenproduktion« auch noch ausgeweitet wird – insofern findet die Transformation der Gesellschaft *nicht* statt; der Prozeß der wirklichen gesellschaftlichen Aneignung (der Produktionsmittel wie der Produktionsresultate) bleibt hierdurch weiter nur ein Versprechen, dessen Realisierungsbedingungen unreflektiert bleiben müssen.

Der Voluntarismus der Aufbauphase und der Ökonomismus der Reformperiode bilden in der DDR nur die zwei Seiten der Medaille. Beide Formen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses beruhen gemeinsam auf der Abwesenheit des politischen Kampfes seitens der politisierten Produzentenmassen um die Umformung der Arbeitsprozesse und ihre neue Artikulation.⁴² Statt dessen wird der Wirtschaftsaufbau weiterhin von den verschiedenen Formen der instrumentalisierten Fähigkeiten der Subjekte beherrscht; Initiative, Schöpferium, Tatkraft der Massen als sich selbst bestimmende und höchste *Produktivkraft* der Gesellschaft haben im System der sozialistischen Wirtschaftsführung der DDR keinen Platz. Der Platz ist nicht vorgesehen, weil die

³⁹ Oskar Negt: »Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie«, in: Abram Deborin/Nikolai Bucharin, Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus. Frankfurt 1969, S. 21.

⁴⁰ Friedrich Engels, Anti-Dühring. Berlin 1970 (MEW 20), S. 288.

⁴¹ Karl Marx, Das Kapital I. Berlin 1969 (MEW 23), S. 86.

⁴² Deshalb bleiben die verschiedenen Formen der Mitwirkung der DDR-Bürger im Rahmen der sozialistischen Demokratie (z. B. in Beratungs- und Konsultationsgremien der Betriebe) notwendig unentfaltet.

Grundbedingungen für eine wirklich gelingende ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse aus historischen Gründen fehlen: Analyse der wirklichen Verhältnisse, wissenschaftliches Experiment, Kritik, Öffentlichkeit, Diskussion, Selbstkritik.

Solange nicht der Angelpunkt des politischen Herrschaftssystems – die uneingeschränkte Herrschaft der Partei (was nicht mit ihrer Führungsrolle zu verwechseln ist) – tendenziell ersetzt wird durch die Herrschaft der Produzenten über die Bedingungen und Resultate ihrer Produktion, das heißt solange nicht »ein *Komplex* von ökonomischen, ideologischen und politischen *Umformungen* eine *wachsende Kontrolle der Arbeiter* über die Produktionsmittel und Produkte gewährleistet«⁴³, muß der Prozeß der gesellschaftlichen Aneignung unentwickelt und damit die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu sozialistischen Verhältnissen eine um wesentliche Dimensionen verkürzte Entwicklung bleiben.

⁴³ Bettelheim, a. a. O., S. 133.